

Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft, für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter

Das Wilsdruffer Tageblatt erscheint an allen Werktagen nachmittags 5 Uhr. Bezugspreis: Bei Abholung in der Reichshauptstadt und den Postämtern 2 RM. im Monat, bei Zahlung durch die Post 2,30 RM., bei Postbestellung 2,40 RM. wöchentlich 60 Pf. Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend. Einzelnummern 10 Pf. Abbestellungen sind jederzeit möglich. Die Redaktion befindet sich in Wilsdruff, Postfach 100. Die Geschäftsstelle befindet sich in Wilsdruff, Postfach 100. Die Druckerei befindet sich in Wilsdruff, Postfach 100.



Wagenpreis: Die 8. Jahrgangsausgabe 20 Bf., die 12. Jahrgangsausgabe 40 Bf., die 16. Jahrgangsausgabe 60 Bf., die 20. Jahrgangsausgabe 80 Bf., die 24. Jahrgangsausgabe 100 Bf., die 28. Jahrgangsausgabe 120 Bf., die 32. Jahrgangsausgabe 140 Bf., die 36. Jahrgangsausgabe 160 Bf., die 40. Jahrgangsausgabe 180 Bf., die 44. Jahrgangsausgabe 200 Bf., die 48. Jahrgangsausgabe 220 Bf., die 52. Jahrgangsausgabe 240 Bf. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Rossen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Nr. 269 — 89. Jahrgang Teleg.-Abt.: „Amtsblatt“ Wilsdruff-Dresden Postfach: Dresden 2640 Dienstag, den 18. November 1930

Ein Großwahltag.

Das Verhältniswahlssystem, wie wir es in Deutschland überall seit 1919 haben, besitzt einen großen Nachteil: für die ganze Dauer der Sitzungsperiode des Reichstags, der Länderparlamente, der Gemeindevertretungen tritt keinerlei Änderung in der Stärke der dort vertretenen Parteien ein, wie das auf Grund von Nachwahlen früher geschehen konnte; der Nachfolger auf der Liste rückt einfach in das Parlament ein. Das Fehlen eines solchen „politischen Barometers“ führte ja auch zu den bekannten Vorkäufen der im Reichstagskampf siegreich gewesenen Parteien, nun auch in den Länderparlamenten, übrigens auch in zahlreichen Gemeindevertretungen, Auflösung und Neuwahl zu erzwingen. Andererseits ist aber die „Starrheit“ des Verhältniswahlsystems gerade als ein Vorteil angesehen und bezeichnet worden, weil dadurch „Stimmungenwahlen“ verhindert werden können. So müssen denn andere Wahlen als „Barometer“ oder als „Ventil“ wirken, — und das ist bei den Wahlen zu den badischen und den mecklenburgischen Gemeindevertretungen denn auch recht ausgefallen.

Im allgemeinen spiegelt sich in den Wahlergebnissen das wider, was auch die Wahlergebnisse des 14. September maßgebend beeinflusste: sehr starkes Anwachsen der nationalsozialistischen Mandate, Gewinne auch bei den Kommunisten —, aber mehr oder minder starker Mandatsrückgang der Parteien von den Deutschnationalen bis hinüber zur Sozialdemokratie. Besonders auffallend ist das Vordringen der Nationalsozialisten z. T. weit über die Zahl der sozialdemokratischen Stimmen in einzelnen badischen Gemeinden, wo diese Partei jetzt zur stärksten geworden ist, bisher aber überhaupt nicht vertreten war. Allerdings ist der Erfolg auch auf Kosten der Deutschnationalen erzielt worden, wanderten aber auch aus dem Lager der eigentlichen Mittelparteien jetzt wieder große Massen hinüber zu den Nationalsozialisten. Seitdem haben die Mittelparteien auch recht erheblich durch die vielfach recht umfangreiche Nichtbeteiligung, der Wahlarbeit — oder Wahlsauheit —, aber an dem Grundcharakter des Ergebnisses, also einem weiteren Vordringen der Nationalsozialistischen Partei über den bereits am 14. September erreichten Stand hinaus, ändert sich auch damit nichts. Das war vor kurzem erst bei den Wahlen in Oldenburg festzustellen und hat jetzt seine Fortsetzung in Baden und in Mecklenburg erfahren.

Wahltag auch in dem Freistaat Danzig und auch dort sind die Ergebnisse ähnlich wie bei den Wahlen in Deutschland. Danzig hat den Mut zu dem Entschluß gehabt, sein Parlament, den „Volkstag“, zahlenmäßig von 120 auf 72 Abgeordnete „abzubauen“. Trotzdem gibt es auch in diesem so stark verkleinerten Parlament immer noch — zwölf Parteien, unter denen auch die Polen als Sonderpartei auftreten; sie sind allerdings auch jetzt wieder mit nur zwei Vertretern in den „Volkstag“ eingetretet. Auch hier also ein Emporschnellen der Zahl der Nationalsozialisten, Rückgang bei den Deutschnationalen und bei einigen Mittelparteien; das Zentrum aber hat genau soviel Mandate errungen, als es im aufgelösten Volkstag besaß, hat also verhältnismäßig eine Verstärkung erfahren. Der Zahl nach sind die sozialdemokratischen Mandate zurückgegangen, stärker, als die zahlenmäßige Verkleinerung des Volkstages es hätte veranlassen müssen, aber auch hier scheint nur eine Verschiebung nach links eingetreten zu sein, da die Kommunisten ihre bisherige Mandatszahl vermehren konnten.

Und Wahlen schließlich auch in Polen, — wenn man diese Wahlen überhaupt noch als „politisches Barometer“ bezeichnen darf! Mit allen Mitteln hatten Wilsdruff und die in seinen Händen liegende Verwaltung dafür gesorgt, daß die Opposition mundtot gemacht war. Und zu dieser Opposition, also zur Linken, gehörten auch die Vertreter der nationalen Minderheiten, die Wehrlosen, die Ruthenen, vor allem die Deutschen. Natürlich hat die jeder Geselligkeit hohnsprechende Brutalität im Wahlkampf nun auch ein Resultat gezeitigt, das den Sejm zu einem gefügigen Werkzeug für die wüsten Wahlbeeinflussung“ und daher ist auch der Rückgang z. B. der auf die deutsche Minderheitsliste abgegebenen Stimmen in Oberschlesien leider nur allzu erklärlich. Dort sind an Stelle der bisherigen sechs Mandate nur drei von den Deutschen wiedererrungen worden, wurden für die deutsche Liste rund 50 000 Stimmen weniger abgegeben als bei der letzten Wahl. Fast amtlich ist es übrigens, daß der „Pan“ Korfanty, der seinem alten Wasserfahrzeugfabrik Wilsdruff in schärfster Form gegenüber und entsprechend energisch vom Lager der Regierungsparteien bekämpft wurde, trotzdem in „seinem“ Oberschlesien einen großen Erfolg einheimen konnte.

Rücktritt des französischen Justizministers.

Im Anschluß an den Ministerrat fand eine geheime Besprechung der Kabinettsmitglieder bei Tardieu statt, in deren Verlauf Justizminister Navouy Peret seine Entlassung einreichte, die von dem Ministerpräsidenten angenommen wurde.

Änderung des Sanierungsprogramms

Beamtengehaltskürzung schon ab 1. Februar.

Unter dem Vorsitz des Reichskanzlers verabschiedeten die Vereinigten Ausschüsse des Reichstags in zweiter Lesung das Haushaltgesetz und den Reichshaushaltsplan 1931. Nach schwierigen Verhandlungen erklärte sich die Reichsregierung damit einverstanden, den Ländern für die Kürzung der Überweisungen um 100 Millionen Mark die im Hinblick auf die Einschränkung des Personalaufwandes in der öffentlichen Verwaltung der Länder und Gemeinden vorgesehene 50 Millionen Mark zu gewähren. Für einen Betrag von 50 Millionen Mark werden ihnen im Reichsbesitz befindliche Reichsbahnvorratsgüter übereignet. Die Tragung der restlichen 50 Millionen Mark soll ihnen dadurch ermöglicht werden, daß die für drei Jahre vorgesehene 3-prozentige Gehaltskürzung der Beamten schon am 1. Februar 1931 beginnen und entsprechend mit dem 31. Januar 1934 außer Kraft treten soll. Ab 1. Februar 1931 wird die Reichshilfe der Beamten auf die Gehaltskürzung angerechnet.

Sachsens Stellungnahme.

Ueber die Stellungnahme der sächsischen Regierung in den heutigen Reichsratsverhandlungen verlautet, daß Sachsen vor allem gegen die Vordruckung der Beamtengehaltskürzung gestimmt hat, während alle anderen Länder damit einverstanden waren. In der Frage der Realsteuerentlastungen ist zwar, wie oben erwähnt, für Bayern eine Ausnahme geschaffen worden, aber diese Regelung bietet für Sachsen keinen Anlaß zu einer Beschwerde, da die Frage der Senkung der Realsteuern für Sachsen in der gleichen Weise geregelt ist. Die heute gewählte Formulierung geht nämlich dahin, daß nicht nur diejenigen Länder, die seit 1926 überhaupt keine Senkung der Realsteuern vorgenommen haben (das ist nur Bayern), sondern auch diejenigen, die seitdem nur eine unwesentliche Erhöhung vorgenommen haben (und dazu gehört in erster Linie Sachsen), ebenfalls nicht genötigt sein sollen, zu einer Senkung der Realsteuern zu schreiten. Demgemäß werden Bayern und Sachsen eine Senkung der Realsteuern nicht vorzunehmen brauchen. Schließlich handelt es sich für Sachsen noch vor allem um die Frage der Zigarettensteuer, über die noch eine dritte Lesung stattfinden soll. Sachsen wünscht, daß die vom Reichsfinanzministerium vorgeschlagene Erhöhung bzw. angenommen werden und wendet sich gegen die vor allem von Preußen eingebrachten Anträge auf höhere Besteuerung des Zigarettensteuern. Preußen möchte diese Veränderung der Vorlage zugunsten seiner Zigarettenindustrie herbeiführen, während die sächsische Industrie dadurch geschädigt würde. Ueber diese Frage wird erst in der dritten Lesung eine Entscheidung herbeigeführt werden.

Großer Tag im Reichsrat.

Realsteuerverminderungs- und Tabaksteuernovelle angenommen. Änderung der Tabaksteuernovelle. Die Reichsratsausschüsse nahmen das Gesetz über die Realsteuerverminderung in zweiter Lesung an. Die Senkungsvorschläge der Regierung wurden grundsätzlich ausrechterhalten, jedoch wurde das Gesetz im Entwurf mit der Regierung mit Rücksicht auf die verschiedenen Artigkeiten der Verhältnisse in den einzelnen Ländern etwas abgewandelt. Bei der Erledigung der Tabaksteuernovelle wurden die vor der Regierung vorgeschlagenen Zollsätze etwas herabgesetzt.

Die Ursache zu dem Rücktritt ist zweifellos in der Kammeransprache über den Krach der Bank Danzig zu suchen. An Stelle Perets ist der frühere Finanzminister Chéron zum Justizminister ernannt worden.

Streitigkeiten in der Wirtschaftspartei.

Rücktritt des Wirtschaftsministers. Der Führer der Wirtschaftspartei, Reichstagsabgeordneter Dreyer, hat dem gesamten Personal des Parteibüros, vom Generalsekretär, Landtagsabgeordneten Dannenberg, bis zum letzten Boten die Kündigung mit vierzehntägiger Frist ausgesprochen, obwohl es sich um Angestellte handelt, mit denen zum Teil, wie mit Dannenberg, langfristige Verträge abgeschlossen waren. Der Parteiführer hat diese Kündigung damit begründet, daß das Bureau reorganisiert werden müsse. Die Angestellten sind der Meinung, daß das Vorgehen von Dreyer mit dem Konflikt innerhalb der Parteileitung zusammenhängt, der bereits zum Auscheiden des Reichstagsabgeordneten Colosser, des früheren zweiten Vorsitzenden der Partei, geführt hat. Colosser selbst verlangt, daß die Reichskonferenz der Wirtschaftspartei, die schon längst fällig sei, nun endlich stattfindet, damit er Gelegenheit erhalte, sich zu rechtfertigen. Er droht, er würde sich an seine Schweigepflicht nicht mehr gebunden fühlen, wenn er diese Gelegenheit nicht bis Ende November bekomme.

Der Finanzminister hat sich mit diesen Beschlüssen einverstanden erklärt. Von einigen Ländern wird im Hinblick auf die neue starke Belastung der Zigarette noch eine erhöhte Belastung für die Zigarette für notwendig gehalten, über diese Frage sollen bis zur dritten Lesung noch Verhandlungen stattfinden.

Die Verhandlungen der Reichsratsausschüsse trugen wieder das Gepräge eines großen Tages. Außer dem Reichsfinanzminister, der den Vorsitz führte, waren wieder persönlich anwesend die Ministerpräsidenten von Bayern, Württemberg, Baden, Sachsen, Hessen, Thüringen und Braunschweig.

Die Reichsratsausschüsse erledigten die drei Gesetze über die Wohnungswirtschaft ebenfalls in zweiter Lesung. Dann begann die Haushaltsberatung.

deren größter Teil in kurzer Zeit erledigt wurde, da hier Meinungsverschiedenheiten nicht vorlagen. Die strittigen Fragen, zu denen in erster Linie der Haushalt des Reichswehrministeriums und die Kürzung der Länderüberweisungen um 100 Millionen Mark gehören, wurden in Gegenwart des Reichskanzlers und des Reichswehrministers behandelt.

Die Preisfestsetzungsaktion.

Beratungen des Regierungsausschusses. Der Preisfestsetzungsausschuß der Reichsregierung hielt am Montag eine Sitzung ab, an der auch der Präsident des Deutschen Städtetages, Dr. Mülert, teilnahm. Besondere Beschlüsse wurden nicht gefaßt, jedoch wurde der gesamte Fragenkomplex durchgesprochen, der mit der Preisfestsetzungsaktion zusammenhängt. Bekanntlich wollten sich die deutschen Städte der Aktion anschließen, die von der Regierung in Berlin durchgeführt wird.

Der Reichskanzler hatte eine Aussprache mit dem Reichsfinanzminister und dem preussischen Finanzminister, bei der die Hauszinssteuer behandelt worden sein dürfte.

Die alternativen Maßnahmen des Preisfestsetzungsausschusses werden dem Vernehmen nach die Markenartikel, insbesondere die Drogenbranche, betreffen. Die ganze Aktion wird noch einige Zeit zur Durchführung benötigen.

Preisfestsetzung für Seefische.

Verbilligung um 16 bis 38 Prozent. Amtlich wird mitgeteilt: Bei der im Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft abgehaltenen Besprechung über die Preisbildung für Fische wurde folgendes Ergebnis erzielt:

Die Kleinverkaufspreise für ein Pfund Seefische werden für Berlin mit sofortiger Wirkung herabgesetzt, und zwar für Schellfisch im Ganzen um 9,5 Pf., gleich 16 Prozent, Kabeljau im Anschnitt um 21 Pf., gleich 28 Prozent, Fischfilet um 30 Pf., gleich 38 Prozent. Auch für die übrigen Seefischarten tritt eine Preisfestsetzung um 10 bis 25 Pf. für das Pfund ein.

Der Reichsverband der Deutschen Fischhändler e. V. wird für eine entsprechende Minderung der Preise im ganzen Reich Sorge tragen. Betreffs der Süßwasserfischpreise wurde festgestellt, daß gegenüber den gleichen Monaten des Vorjahres und gegenüber September und Oktober dieses Jahres ein nicht unerheblicher Preisrückgang stattgefunden hat.

Verbesserung des europäischen Handels.

Der Zollwaffenstillstand. Die zweite europäische Wirtschaftskonferenz ist in Genf unter dem Vorsitz des früheren holländischen Handelsministers Colijn eröffnet worden. An der Konferenz nehmen 26 europäische Staaten teil, darunter Deutschland. Sechs überseeische Staaten, auch die Vereinigten Staaten, sind durch Beobachter vertreten. Die deutsche Abordnung führt Ministerialdirektor Dr. Posse. Das Arbeitsprogramm umfaßt die Aussprache über das weitere Schicksal des Handelsabkommens (Zollwaffenstillstandsabkommen), das bisher erst von neun Staaten ratifiziert worden ist, ferner Verhandlungen zur Verbesserung des Handelsverkehrs. Neben der Fremdenrechtsfrage wird sich die Konferenz noch mit dem internationalen Abkommen über die Vereinfachung der Aus- und Einfuhrbeschränkungen befassen. Präsident Colijn wies in seiner Eröffnungsansprache u. a. darauf hin, daß Maßnahmen für eine allgemeine Senkung der Zölle und eine rationellere Verteilung der Weltzeugnisse gefunden werden müßten.

Die Hoffnung auf Verhinderung weiterer Zollerhöhungen ist gesunken, da das Abkommen zahlreiche